

## Editorial

### Arndt G. Kirchhoff: »Mit Zuversicht ins neue Jahr«



Auch wenn 2011 ein schwieriges Jahr für den Euro war, war es kein schlechtes wirtschaftliches Jahr für Deutschland. So geht der BDI weiter davon aus, dass das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um drei Prozent steigen wird. Die Ergebnisse des BDI-Mittelstandspanels bestätigen dies: Die aktuelle wirtschaftliche Lage wird von 64 Prozent der mittelständischen Industrieunternehmen als sehr gut eingeschätzt.

>> Seite 3

## Horizon 2020

### Das neue Rahmenprogramm für Forschung und Innovation der EU



Die Europäische Kommission hat Ende November den Entwurf des neuen Forschungs- und Innovationsrahmenprogramms »Horizon 2020« vorgestellt, das von 2014 bis 2020 laufen wird, und dafür ein Volumen von rund 87 Milliarden Euro vorgeschlagen. Die Einzelheiten werden bis Mitte 2013 zwischen Rat, Parlament und Kommission verhandelt.

>> Seite 4

## BDI-Mittelstandspanel

### Haushaltskonsolidierung steht an erster Stelle



Das wichtigste Handlungsfeld der Wirtschaftspolitik ist die Haushaltskonsolidierung. Dem stimmen 86 Prozent der mittelständischen Industrieunternehmen zu, die im Rahmen des neuen BDI-Mittelstandspanels befragt wurden. Das Thema steht nun erstmals an der Spitze des Forderungskatalogs an die Wirtschaftspolitik. An zweiter Stelle wird mit 66 Prozent die Rettung der Eurozone genannt.

>> Seite 5

## Spezial

## Inhaltsverzeichnis



### Familienunternehmer

Drei Fragen an Viola Metzner, geschäftsführende Gesellschafterin Formel D und Mitglied des BDI/BDA-Mittelstandsausschusses.

>> Seite 12

**Energie:**  
Energieeffizienz im  
Mittelstand

**8. GWB Novelle:**  
Verschärft  
Kartellrecht

**Steuer:**  
Steuererhöhung nicht der  
richtige Weg

**Informationsgesellschaft:**  
Industrieland  
Deutschland 3.0

**China:**  
Fünfjahresplan soll  
Mittelstand fördern

**Russland:**  
Neue Rechtsentwicklung  
für Unternehmen

## Editorial

**Arndt G. Kirchhoff: Mit Zuversicht ins neue Jahr**

Auch wenn 2011 ein schwieriges Jahr für den Euro war, war es kein schlechtes wirtschaftliches Jahr für Deutschland. So geht der BDI weiter davon aus, dass das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um drei Prozent steigen wird. Die Ergebnisse des BDI-Mittelstandspanels bestätigen dies: Die aktuelle wirtschaftliche Lage wird von 64 Prozent der mittelständischen Industrieunternehmen als sehr gut eingeschätzt.



Arndt G. Kirchhoff, Vorsitzender des BDI/BDA-Mittelstandsausschusses.

Allerdings rechnen sie mit einer spürbaren Verschlechterung: Für die nächsten sechs Monate gehen nur noch 37 Prozent der Unternehmen von einer positiven Entwicklung aus, auf Jahres-sicht sogar nur noch 27 Prozent.

Kein Grund den Kopf in den Sand zu stecken. Nach zwei Jahren mit einem außergewöhnlich hohen Wachstum, entspricht die Abkühlung einem normalen zyklischen Verlauf. So gibt es aus realwirtschaftlicher Perspektive keinen Anlass, mit einer Rezession zu rechnen. Die deutsche Industrie und damit auch der industrielle Mittelstand sind, was ihre Fundamente angeht, gut aufgestellt.

Sorgen bereiten allerdings die Finanzmärkte. Dort drohen Risiken, die nicht kalkulierbar sind. Es mangelt vor allem an Vertrauen: am Vertrauen in die Politik, dass sie zur Bewältigung der Staatsschuldenkrise wirklich nachhaltige Lösungen findet und auch umsetzt.

**Wie können wir nachhaltiges Wachstum stärken?**

Das Zusammenspiel von teils verunsicherten Politikern und instabilen Finanzmärkten führt zu einer Überbetonung kurzfristiger Aktionen. Es verstellt den Blick auf die grundlegende Frage:

Wie können wir nachhaltig die Wachstumskräfte in den hochverschuldeten Ländern – aber auch bei uns in Deutschland stärken?

Das aktuelle Mittelstandspanel spiegelt die wachsende Sorge der mittelständischen Unternehmen wider: Für die kommenden 12 Monate rechnen gut 28 Prozent mit einer Verschlechterung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen. Positive Rahmenbedingungen erwarten nur noch knapp 25 Prozent der Unternehmen – gegenüber aktuell fast 41 Prozent.

Beim Aufstieg aus der Krise hat sich gezeigt, wie gut es ist, dass Deutschland über eine starke Industrie und einen starken industriellen Mittelstand verfügt. Wer dessen Wettbewerbsfähigkeit weiter stärkt, hilft auch, die Lokomotivfunktion Deutschlands für Europa zu erhalten!

**Wirtschaft nicht mit Kostenballast beschweren!**

Konkret heißt das, die Wirtschaft nicht mit zusätzlichem Kostenballast zu beschweren. Zwei wichtige Stellschrauben gilt es besonders zu beachten: die Energiepolitik und die Steuerpolitik. Für 73 Prozent der befragten Unternehmen stellt die Entwicklung der Energie- und Rohstoffpreise den größten Risikofaktor dar.

Nach dem Beschluss zur Energiewende brauchen wir eine realistische Politik, die dafür Sorge trägt, dass diese Wende auch gelingt. Das geht nicht ohne eine permanente Prüfung der Fortschritte mit der Möglichkeit der Nachsteuerung. Wir brauchen einen objektiven, unabhängigen Monitoringprozess.

Der BDI wird dazu seinen Beitrag leisten. Zugleich muss dafür gesorgt werden, dass die erneuerbaren Energien sich möglichst bald ohne Förderung am Markt behaupten können. Für die Übergangszeit müssen die steigenden Förderkosten für das Erneuerbare-Energien-Gesetz begrenzt werden. Um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, müssen zudem die Hemmnisse beim Netz- und Kraftwerksbau beseitigt werden.

**Überzogene Steuerhürden beseitigen!**

Hinsichtlich der Steuerpolitik erwarten wir keine Tarifsenkungen. Aber es sollte möglich sein, die Steuerstruktur in Ordnung zu bringen: Die Benachteiligung der Personenunternehmen gegenüber den Kapitalgesellschaften gehört ebenso dazu wie überzogene Steuerhürden für den international ausgerichteten Mittelstand. Und mit Blick auf die Parteitagebeschlüsse von SPD und Grünen könnten bei der Erbschaftsteuer dunkle Wolken aufziehen.

Fürs neue Jahr gibt es also realwirtschaftlich gute Gründe, zuversichtlich zu sein. Wenn die Politik ihren Beitrag leistet, kann diese Zuversicht nur wachsen.

## Horizon 2020

### Das neue Rahmenprogramm für Forschung und Innovation der EU

Die Europäische Kommission hat Ende November den Entwurf des neuen Forschungs- und Innovationsrahmenprogramms »Horizon 2020« vorgestellt, das von 2014 bis 2020 laufen wird, und dafür ein Volumen von rund 87 Milliarden Euro vorgeschlagen. Die Einzelheiten werden bis Mitte 2013 zwischen Rat, Parlament und Kommission verhandelt.

Mit Horizon 2020 wird erstmals ein integriertes Rahmenprogramm für Forschung und Innovation geschaffen. Die bisher separaten Programme für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (CIP) und für das Europäische Institut für Innovation und Technologie (EIT) gehen in Horizon 2020 auf. Daneben hat die Kommission Vorschläge unter anderem für ein einheitliches spezifisches Umsetzungsprogramm und für Beteiligungsregeln vorgelegt.

### EU will anwendungsorientierte Forschung fördern

Die Kommission hat sich zum Ziel gesetzt, mit Horizon 2020 die Förderung anwendungsorientierter und marktnaher Forschung zu stärken. Horizon 2020 ruht auf den drei Säulen »industrial leadership« (rund 20 Milliarden Euro), »societal challenges« (rund 35 Milliarden Euro) und »excellent science base« (rund 27 Milliarden Euro). Der Mittelstand soll durch ein spezifisches Instrument in die Förderung der beiden Bereiche »industrial leadership« und »societal challenges« eingebunden werden. Die Kommission schätzt, dass etwa 15 Prozent der beiden Budgets kleinen und mittleren Unternehmen zugute kommen werden.

Insbesondere der Mittelstand hat beim laufenden 7. Forschungsrahmenprogramm (7. FRP) die aufwendigen Beteiligungsverfahren und die langen Entscheidungszeiten kritisiert. Wohl auch deshalb beteiligen sich nur etwa vier Prozent der 30.000 Forschung und Entwicklung treibenden kleinen und mittleren Unternehmen in Deutschland mit Erfolg an den Ausschreibungen.

Diesem Umstand will die Kommission mit Horizon 2020 abhelfen. So sollen die zukünftig für alle Programmteile einheitlichen Beteiligungsregeln eine Reihe von Verbesserungen aufweisen. Die Kommission will beispielsweise die gewöhnliche Rechnungslegung der Zuwendungsempfänger breiter anerkennen und die Kontrollvorschriften vereinfachen. Der BDI begrüßt diese Vorschläge und wird sie in seinem neuen Arbeitskreis »Europäische Forschungs- und Innovationspolitik« auf ihre Praxistauglichkeit prüfen.

### BDI setzt sich für hohe Fördermittel für Unternehmen ein

Unabhängig davon weist die europäische Forschungsförderung einen für die Wertschöpfung in Europa ungünstigen Trend auf: der Anteil von Unternehmen am Volumen der Programme geht insgesamt seit 15 Jahren kontinuierlich zurück. Es ist zumindest



Kommission stellt neues Rahmenprogramm für Forschung und Innovation vor.

zweifelhaft, ob dieser Trend mit Horizon 2020 umgekehrt wird. Denn trotz der absoluten Steigerung der Fördermittel von etwa 53 Milliarden Euro im 7. FRP auf geplant rund 87 Milliarden Euro bei Horizon 2020 liegt der relative Wert des für die Unternehmen relevanten Bereichs »industrial leadership« bei knapp 23 Prozent des Gesamtfördervolumens – nach etwa 25 Prozent für die Unternehmen im 7. FRP. Zwar sollen die Fördermittel des Bereichs »societal challenges« ebenfalls teilweise den Unternehmen zugute kommen, eine konkretere Aufschlüsselung bleibt der Entwurf für Horizon 2020 aber schuldig. Der BDI wird sich daher intensiv dafür einsetzen, dass der Anteil der Fördermittel für die Unternehmen möglichst hoch ist.

Denn nur durch einen hohen Anteil der Förderung für Unternehmen kann die Kommission das selbst gesteckte Ziel erreichen, die anwendungsorientierte und marktnahe Forschung zu stärken. Und nur über die in dieser Forschung entstehenden innovativen Produkte gelingt eine nachhaltige Steigerung des Wirtschaftswachstums, die Europa zur Überwindung der Staatsschuldenkrise dringend braucht.

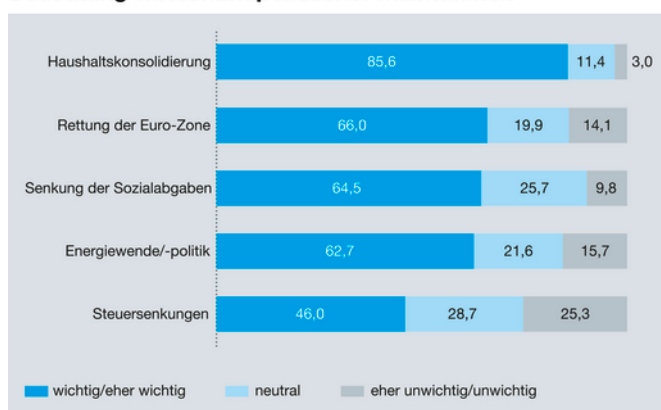
Ansprechpartner:  
Dr. Gregor Strauch,  
[g.strauch@bdi.eu](mailto:g.strauch@bdi.eu)

## BDI-Mittelstandspanel

### Haushaltskonsolidierung steht an erster Stelle

Das wichtigste Handlungsfeld der Wirtschaftspolitik ist die Haushaltskonsolidierung. Dem stimmen 86 Prozent der mittelständischen Industrieunternehmen zu, die im Rahmen des neuen BDI-Mittelstandspanels befragt wurden. Das Thema steht nun erstmals an der Spitze des Forderungskatalogs an die Wirtschaftspolitik. An zweiter Stelle wird mit 66 Prozent die Rettung der Eurozone genannt.

#### Bedeutung wirtschaftspolitischer Maßnahmen



Angaben in Prozent | Werte hochgerechnet | Basis: n = 1.020  
©IfM Bonn BDI 2/2011



Die Befragungsergebnisse zeigen auch: Mehrheitlich schätzen die mittelständischen Unternehmen – 64 Prozent – die aktuelle wirtschaftliche Lage als sehr gut ein. Sie rechnen aber mit einer Verschlechterung im nächsten Jahr. Bei der Einschätzung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen gibt es eine leichte Eintrübung: Aktuell bezeichnen nur noch 41 Prozent der Befragten die Rahmenbedingungen als gut oder sehr gut. Im Juni waren es noch 51 Prozent.

### Deutsche Industrie gut aufgestellt

Aus realwirtschaftlicher Perspektive gebe es keinen Anlass, mit einer Rezession zu rechnen. Die deutsche Industrie sei, was ihre Fundamente angeht, gut aufgestellt, so Arndt G. Kirchhoff, Vorsitzender des BDI/BDA-Mittelstandsausschusses bei der Vorstellung des BDI-Mittelstandspanels Anfang Dezember. Sorgen bereiteten allerdings die Finanzmärkte. Dort drohten Risiken, die nicht kalkulierbar sind.

Dies bestätigte auch Professor Frank Wallau aus dem Institut für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn. Die Befragungsergebnisse zeigten eine deutliche Verunsicherung der Unternehmen. So könne jedes siebte Unternehmen beim Ausblick für die nächsten zwölf Monate keine konkreten Angaben machen. »Allerdings sind die Konjunktursorgen nicht allein auf die Zuspitzung der Staatsschuldenkrise zurückzuführen. Als wichtigsten Risikofaktor für die eigene Geschäftstätigkeit bezeichnen 73 Prozent der befragten Unternehmen die Entwicklung der Energie- und Rohstoffpreise«, erklärte Wallau.

### Gute Marktposition der deutschen Wirtschaft erhalten

Die Umfrage zeigt, wie wichtig den Unternehmen die enge Zusammenarbeit entlang der Wertschöpfungskette am Standort Deutschland ist. Dies gilt umso mehr, als heimischen Anbietern in punkto Qualität, Beratung und Kundennähe ein klarer Vorsprung vor der ausländischen Konkurrenz bescheinigt werde. IKB-Chefvolkswirt Kurt Demmer betonte deshalb auch, wie wichtig es sein, dass das industrielle Netzwerk in seiner einzigartigen Dichte erhalten bleibe – einschließlich Sektoren mit hohem Energieverbrauch, die durch den absehbaren Energiepreisanstieg existentiell getroffen werden.

»Ohne die Innovationsbeiträge von Unternehmen aus energieintensiven Branchen wie Chemie und Metallherzeugung würde die gute Marktposition der deutschen Wirtschaft gerade in Zukunftsfeldern wie regenerative Energien und Elektromobilität nachhaltig geschwächt. Und nur mit den Spitzenprodukten dieser Industrien wird sich die Energiewende in Deutschland realisieren lassen«, erklärte Demmer.

### Nachhaltigkeit in Geschäftsprozesse integrieren

Das Thema Nachhaltigkeit werde in vielen mittelständischen Unternehmen noch nicht ernst genug genommen. Und das, obwohl Konsumenten immer häufiger umweltschonende Produkte nachfragen und obwohl es den Finanzmärkten immer wichtiger wird, dass Unternehmen Transparenz über ihr nachhaltiges Wirtschaften schaffen. Peter Englisch, Partner bei Ernst & Young, empfiehlt deshalb: »Nachhaltigkeit ist jedoch zunehmend eine Frage der Compliance und der Geschäftstätigkeit. Unternehmen sollten sich daher dringend klar darüber werden, wie sie Nachhaltigkeit in ihre Geschäftsprozesse integrieren können«.

Eine Zusammenfassung der Ergebnisse des BDI-Mittelstandspanels kann unter [www.bdi.eu](http://www.bdi.eu) abgerufen werden.

Ansprechpartner:  
Josef Düren  
[j.dueren@bdi.eu](mailto:j.dueren@bdi.eu)

Das BDI-Mittelstandspanel wird im Auftrag des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Ernst & Young und der IKB Deutsche Industriebank AG vom Institut für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn seit 2005 durchgeführt. An der 14. Erhebungswelle der Online-Befragung haben sich in der Zeit vom 6. September bis zum 15. November über 1.000 Unternehmen beteiligt.

## Energiepolitik

### Energieeffizienz im Mittelstand

Die weitere Steigerung der Energieeffizienz ist für die deutsche und europäische Energiepolitik eines der Schlüsselthemen der nächsten Zeit. Die politischen Erwartungen sind hoch: Nach dem Energiekonzept der Bundesregierung vom September 2010 soll die Energieproduktivität, die seit längerem im Schnitt um 1,7 Prozent pro Jahr zunimmt, künftig jedes Jahr um 2,1 Prozent steigen. Und die Europäische Union sieht vor, dass die Energieeffizienz in der Europäischen Union von 2007 bis 2020 um 20 Prozent zunehmen soll.

Wie diese erhebliche Effizienzsteigerung tatsächlich durchgesetzt werden könnte ist nach wie vor offen. Unstrittig ist aber, dass bereits bisher Erhebliches geleistet wurde. So hat sich die Energieproduktivität der deutschen Industrie in den letzten 60 Jahren mehr als vervierfacht: Das heißt, für die Produktion der gleichen Menge an Gütern braucht man bei uns heute nur noch ein Viertel der Energie von 1950.

### Energieproduktivität in Deutschland liegt ein Viertel über derjenigen der USA

Auch international nimmt Deutschland in punkto Energieeffizienz einen Spitzenplatz ein, der Energieverbrauch pro Einheit Bruttoinlandsprodukt (BIP) liegt etwa ein Viertel unter dem der USA. Gleichzeitig ist aber bei uns – wie auch in den meisten anderen Ländern – ein Widerspruch zu beobachten: Während der Stromverbrauch pro Einheit BIP dank besserer Effizienz sinkt, steigt gleichwohl der Stromverbrauch pro Kopf. Seit Jahren – mit einer Ausnahme in der Wirtschaftskrise – wächst bei uns der Stromverbrauch von Jahr zu Jahr um rund ein Prozent leicht an.

Grund ist die ungebrochene Tendenz zu mehr und leistungsstärkeren Geräten und letztlich eine weitere Zunahme des Wohlstands. Vor diesem Hintergrund erscheint das »Energie-wende-Ziel« der Bundesregierung, den Stromverbrauch bis 2020 um zehn Prozent und bis 2050 sogar um 25 Prozent zu senken, kaum realistisch.

Sehr unterschiedlich fällt die Effizienzsteigerung in den unterschiedlichen Sektoren aus: Die größten Fortschritte wurden in den letzten Jahren in der Industrie gemacht, deutlich weniger gesteigert wurde die Energieeffizienz im Verkehr und im Bereich der Privathaushalte.

Trotz der erheblichen bisherigen Erfolge plant die Politik weitere Vorgaben zur Erhöhung der Effizienz. Der genaue Weg dahin ist allerdings umstritten und noch keineswegs festgelegt. Der BDI betont in diesem Zusammenhang, dass es eine ordnungsrechtliche Erzwingung von Effizienzfortschritten kaum geben kann. Nur ein Unternehmen selbst kann entscheiden, wo es wann investiert, eine staatlich vorgegebene Priorisierung von Effizienzinvestitionen um jeden Preis wäre mit einer Marktwirt-



*EU will Energieeffizienz steigern.*

schaft nicht zu vereinbaren.

### Erleichterte Bedingungen für Mittelstand

In Brüssel wird derzeit über die EU-Energieeffizienzrichtlinie verhandelt, das Verfahren soll bis Ende 2012 abgeschlossen sein. Kernpunkt des Richtlinienentwurfs sind verbindliche Energieeffizienzmaßnahmen, wobei jedoch für kleine und mittlere Unternehmen vereinfachte und schlanke Verfahren vorgesehen sind, die weitgehend ohne zusätzliche Bürokratie auskommen.

Der BDI tritt dafür ein, dass nur kosteneffiziente und wirtschaftlich sinnvolle Maßnahmen in einem neuen EU-Rechtsrahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz festgeschrieben werden. Aus Sicht des BDI ist darüber hinaus entscheidend, dass die Regelungen der Richtlinie auch künftig die Gewährung des Energiesteuerspitzenausgleichs sowie den ermäßigten Steuersatz bei der Energie- und Stromsteuer zulassen. Ein weiteres Anliegen der deutschen Industrie besteht darin, dass die von der Europäischen Kommission vorgeschlagene Energieeinsparverpflichtung für Energieversorger – welche bei den Endkunden zu realisieren wäre – nicht zu weiteren Erhöhungen der Energiepreise führen darf.

Ansprechpartner:

Eberhard von Rottenburg,  
[e.rottenburg@bdi.eu](mailto:e.rottenburg@bdi.eu)

## 8. GWB-Novelle

### Verschärft Kartellrecht

Das Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) legte Mitte November den Referentenentwurf zur 8. Novelle des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) vor. Damit wird das Kartellrecht weiter verschärft, kritisiert der BDI, auch wenn das BMWi keinen grundlegenden Änderungsbedarf konstatiert.

Anfang 2012 befasst sich das Kabinett mit der 8. GWB-Novelle; am 1. Januar 2013 soll sie inkrafttreten. Die GWB-Novelle zielt insbesondere darauf ab, Unterschiede zwischen deutscher und europäischer Fusionskontrolle weiter zu verringern, um eine weitgehend gleichlaufende Beurteilung von Fusionsvorhaben auf deutscher und europäischer Ebene zu ermöglichen. Die Missbrauchsvorschriften sollen einfacher, verständlicher und anwenderfreundlicher gestaltet werden. Auch sollen Verbraucherverbände bei der privaten Kartellrechtsdurchsetzung beteiligt werden. Schließlich soll das kartellrechtliche Bußgeldverfahren effizienter gestaltet werden.

### Fusionskontrolle ohne SIEC-Test vereinheitlichen

Es gibt gute Argumente für eine weitgehende Angleichung des deutschen Fusionskontrollrechts an die europäische Fusionskontrollverordnung. Unterschiedliche Systeme verursachen erhebliche Kosten, wenn Fusionen in mehreren Ländern nach unterschiedlichen Regelungen angemeldet werden müssen. Einige Forderungen, die der BDI im letzten Jahr im Vorfeld der GWB-Novelle formuliert hatte, sind vom BMWi aufgegriffen worden.

Der BDI hatte sich bereits 2010 gegen die Übernahme des SIEC-Tests – einem neuen materiellen Prüfungsmaßstab für die europäische Fusionskontrolle – in die nationale Fusionskontrolle ausgesprochen. Damit wird die Untersagungsschwelle für Fusionen abgesenkt. In Europa hat sich gezeigt, dass die Anwendung des nicht hinreichend konkretisierten Tests die Verfahren verzögert und bis zum Schluss des Verfahrens zu Rechtsunsicherheit für die Unternehmen führt. Aufgrund einer erzwungenen ökonomischeren Betrachtung könnte auch die Dauer gerichtlicher Verfahren erheblich zunehmen; dies könnte das »Aus« für Zusammenschlussvorhaben bedeuten.

Positiv bewertet der BDI, dass Verhaltenszusagen künftig möglich sein sollen. Die Industrie hatte zudem angeregt, dass eine Ausnahme vom Vollzugsverbot von Zusammenschlüssen bei öffentlichen Übernahmen, wie im EU-Recht, geschaffen werden soll. Dies sieht der aktuelle Referentenentwurf vor.

### Neues Konzept der kartellrechtlichen Kostenkontrolle wirft Fragen auf

Das Anheben der Schwelle für Einzelmarktbeherrschung auf 40 Prozent, begrüßt der BDI. Dieser Schritt ist jedoch nicht weit genug. Das Auslaufen der bis Ende 2012 befristeten Verschärfung des Verkaufs unter Einstandspreis im Lebensmittelhandel befürwortet der BDI. Die geplante Verlängerung der Preismiss-



8. GWB-Novelle verschärft Kartellrecht.

brauchsaufsicht auf der Energieerzeugungsebene (§ 29 GWB) lehnt er hingegen ab. Die 2007 eingeführte Vorschrift des § 29 GWB hat die Industrie von Beginn an als ordnungspolitisch verfehlt kritisiert. Zahlreiche rechtliche Einzelfragen, insbesondere zum neuartigen Konzept der kartellrechtlichen Kostenkontrolle sind unverändert ungeklärt. Infolge der Beweislastumkehr haben Unternehmen keine Möglichkeit, zu Beginn eines Missbrauchsverfahrens zu beurteilen, ob die vorgeworfene Preisabweichung auch tatsächlich – und in welcher Höhe – einen Kartellrechtsverstoß darstellt, sowie im Verlauf eines Verfahrens abzuschätzen, durch welche Verteidigungsmittel und Kostenpositionen der Vorwurf ausgeräumt werden kann.

### BDI kritisiert geplante Stärkung der Verbraucherverbände

Die Industrie steht der geplanten Stärkung der Verbraucherverbände in Kartellverfahren skeptisch gegenüber. Die geplanten Regelungen waren bereits bei der 7. GWB-Novelle diskutiert und in der Schlussphase abgelehnt worden. Ein wirkliches Bedürfnis für neue Befugnisse ist auch heute nicht ersichtlich. Das gilt insbesondere für die geplante Abschöpfung von Vorteilen, die die Unternehmen aus den verbotenen Kartellabsprachen ziehen.

Die Sicherung wirksamen Wettbewerbs, wie auch die Abschöpfung des wirtschaftlichen Vorteils, ist in erster Linie die Aufgabe des Bundeskartellamts. In jedem Fall wäre es essentiell, dass der abgeschöpfte Gewinn (auch weiterhin) an die Bundeskasse abgeführt wird und nicht den Verbänden verbliebe.

Ansprechpartnerin:  
Dr. Ulrike Suchsland-Maser,  
[u.suchsland-maser@bdi.eu](mailto:u.suchsland-maser@bdi.eu)

## Steuer- und Finanzkonzepte der Opposition Steuererhöhungen nicht der richtige Weg

Mit Blick auf die im Jahr 2013 anstehende Bundestagswahl haben SPD und Bündnis 90/Die Grünen auf ihren Bundesparteitagen 2011 Konzepte zur künftigen Haushalts- und Finanzpolitik beschlossen.

### Haushaltspolitik

Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte nimmt für SPD und Bündnis 90/Die Grünen hohe Priorität ein. Hierzu setzen diese auf Ausgabenreduzierung, Subventionsabbau und Einnahmesteigerungen. Konkrete Vorschläge zum Abbau von Ausgaben sind in den Steuerkonzepten der Opposition allerdings nicht enthalten. Aus Sicht des BDI sollte der Konsolidierungspfad in erster Linie über Ausgabenkürzungen erfolgen und nicht über eine weitere Steigerung der Einnahmen. Geboten sind eine nüchterne Analyse der Ausgabenstruktur und ein daraus abgeleiteter erhöhter Sparwille in der Politik, der das Ausgabeverhalten in den Fokus rückt.

### Erhöhung des Spitzensteuersatzes

Das Finanzkonzept der SPD sieht eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 49 Prozent ab einem zu versteuernden Einkommen in Höhe von 100.000 Euro (Ledige) beziehungsweise 200.000 Euro (Ehegatten). Nach dem Finanzkonzept von Bündnis 90/Die Grünen soll der Spitzensteuersatz ab einem zu versteuernden Einkommen von 60.000 Euro auf 45 Prozent und darüber hinaus ab einem zu versteuernden Einkommen in Höhe von 80.000 Euro auf 49 Prozent erhöht werden.

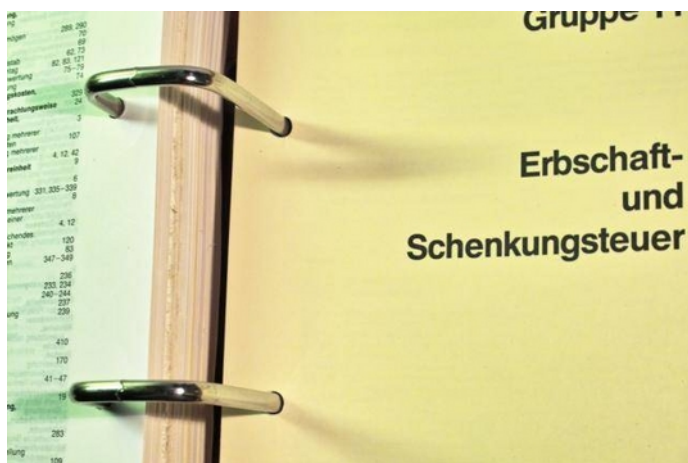
Mit einer Erhöhung des Spitzensteuersatzes werden die positiven Auswirkungen der Steuersatzsenkungen der rot-grünen Bundesregierung zunichte gemacht und insbesondere der Mittelstand stärker belastet. Der derzeitige Spitzensteuersatz von 42 Prozent greift bereits bei Einkommen ab rund 53.000 Euro. Damit werden heute schon Durchschnittseinkommen mit dem Spitzensteuersatz besteuert. Während im Jahre 1965 der Spitzensteuersatz erst bei dem rund 12fachen des Durchschnittseinkommens fällig wurde, greift er heute bereits bei dem 1,9fachen des Durchschnittseinkommens. In jedem Fall muss verhindert werden, dass eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer zu einem Wettbewerbsnachteil für deutsche Personenunternehmen führt. Dies gilt nicht nur hinsichtlich ihrer Konkurrenzfähigkeit gegenüber Kapitalgesellschaften, sondern auch im internationalen Vergleich. Gerade vor diesem Hintergrund müssen die Fehler der Thesaurierungsbegünstigung (§ 34a EStG) zügig beseitigt werden.

### Unternehmensbesteuerung

Im Bereich der Unternehmensbesteuerung sehen die oppositionellen Steuerkonzepte eine teilweise Rücknahme von Steuererleichterungen für Konzerne vor. Der BDI fordert hingegen grundlegende Strukturreformen, wie eine Neuausrichtung der Besteuerung verbundener Unternehmen und die Aufhebung der unverhältnismäßig restriktiven Regeln der Verlustverrechnung – insbesondere auch für mittelständische Unternehmen.

### Erbschaftsteuer

Vorgesehene Verschärfungen der erbschaftsteuerlichen Belastung der Übertragung des Betriebsvermögens sind abzulehnen.



BDI kommentiert Steuer- und Finanzkonzept der Opposition.

Die Verschonung des Betriebsvermögens wurde durch die Erbschaftsteuerreform 2009 eingeführt, um die Unternehmensnachfolge zu erleichtern und das Produktivvermögen zu entlasten. Diese Ziele haben weiterhin Bestand und dürfen nicht durch nachträgliche Verschärfungen der erst seit 1. Januar 2009 geltenden neuen Regelungen konterkariert werden.

### Einführung einer Vermögensabgabe / Vermögensteuer

Forderungen nach einer Wiederbelebung der Vermögensteuer oder nach einer Einführung einer zeitlich befristeten Vermögensabgabe lehnt der BDI ab. Eine Wiederbelebung der Vermögensteuer oder die Einführung einer Vermögensabgabe auf das Nettovermögen führt zu einem Wettbewerbsnachteil deutscher Unternehmen. Dies belegt ein Blick über die Grenzen: Unter den EU-15-Staaten erhebt nur noch Frankreich diese Steuer. Folge der Wiedereinführung der Vermögenssteuer ist eine ungerechtfertigte Doppelbelastung der Vermögenserträge mit Einkommensteuer und Vermögensteuer. Im Übrigen begründet die Vermögensteuer hohe Erhebungs- und Befolgungskosten und demgegenüber ein vergleichsweise geringes Aufkommen.

Hinweis: Die Spitzenverbände der Wirtschaft haben eine gemeinsame Position zu den Steuer- und Finanzkonzepten der Opposition verfasst, abrufbar unter [www.bdi.eu](http://www.bdi.eu).

Ansprechpartnerin:  
Dr. Monika Wünnemann  
[m.wuennemann@bdi.eu](mailto:m.wuennemann@bdi.eu)

## Informationsgesellschaft Industrieland Deutschland 3.0

Das Internet ist zum Erfolgsfaktor für die gesamte Wirtschaft geworden. Wie gestaltet der deutsche Mittelstand erfolgreich den digitalen Wandel und welchen Weg geht Deutschland? Zur BDI-Konferenz mit Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler und BDI-Präsident Hans-Peter Keitel Mitte November in Berlin wurden Strategien einer modernen Industrie- und Netzpolitik erörtert.

Der digitale Wandel bewirkt tiefgreifende Veränderungen und ermöglicht – weltweit – neue Antworten auf gesellschaftliche Herausforderungen. Wo steht die deutsche Industrie – und wohin steuern deutsche Unternehmen im digitalen Wandel? Zur Eröffnung der BDI-Konferenz »Industrieland Deutschland 3.0 – Wie gelingt die digitale Transformation?« stellten BDI-Präsident Hans-Peter Keitel und der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie Perspektiven einer zukunftsweisenden Industrie- und Netzpolitik vor.

### Internet Erfolgsfaktor für die Wirtschaft

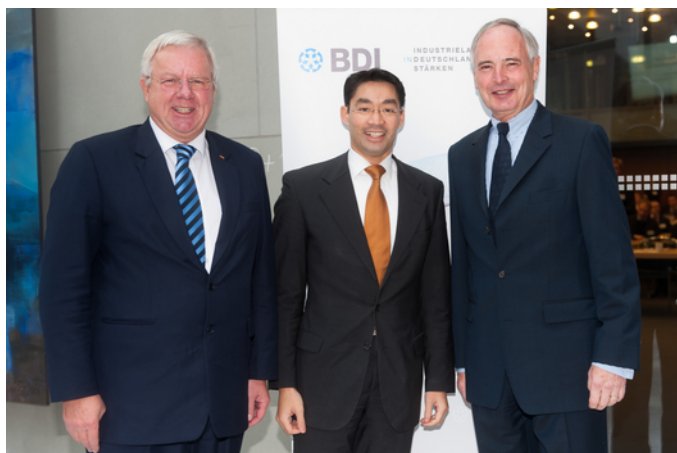
In seiner Grundsatzrede unterstrich Bundesminister Rösler die »echte Chance der Industrie durch Vernetzung«. Vier große Herausforderungen prägten den Weg zum Industrieland Deutschland 3.0: Die Verankerung eines digitalen Fortschrittsdenkens in der Gesellschaft, die Versorgung mit digitalen Infrastrukturen, einen industriepolitischen Fokus bei Gesetzesvorhaben sowie ausreichend qualifizierte Menschen, die den Wandel vorantreiben.

Präsident Keitel hob die Bedeutung des Internets als »maßgeblichen Erfolgsfaktor für die gesamte Wirtschaft« hervor. Durch intelligente Vernetzung würden die notwendigen Voraussetzungen auch für mehr Nachhaltigkeit geschaffen. »Smarte Energiesysteme« ermöglichten den Weg zu einer ressourcenschonenden Energieversorgung, mit intelligenten Verkehrssystemen werde die Mobilität sauberer, effizienter und sicherer. Schon heute werden bis zu drei Viertel des Produktivitätszuwachses auf den branchenübergreifenden Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien zurückgeführt.

### Breitbandausbau stärken

In der anschließenden Debatte erörterten die Referenten auf zwei Panels Chancen und Risiken der deutschen Industrie im digitalen Wandel. Niek Jan van Damme, Konzernvorstand der Deutschen Telekom AG, und Alf Henryk Wulf, Vorsitzender des BDI-Ausschusses Multimedia- und Telekommunikationspolitik, wiesen auf die beachtlichen Erfolge beim Breitbandausbau in Deutschland hin. Gleichwohl müssten die Bemühungen intensiviert werden, damit auch schwer zu versorgende Gebiete mit schnellem Internet versorgt werden könnten.

Auf die Relevanz der Internetversorgung machte auch Elmar Frickenstein, Leiter Entwicklung Elektrik, Elektronik und Fahrerlebnisplatz bei BMW, aufmerksam. Um die Vision vom Auto als Knoten im Netz verwirklichen zu können, seien – weltweit – mobile Breitbandnetze erforderlich. Dadurch würden wichtige IT-Produkte im Auto ermöglicht, wie ein automatisches Notrufsys-



V.l.n.r.: Michael Fuchs, MdB, Philipp Rösler, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Hans-Peter Keitel, BDI-Präsident.

tem, Terminvereinbarungen mit der Werkstatt oder Echtzeitinformationen über Staus.

Rudolph Martin Siegers, Leiter von Siemens Deutschland, unterstrich die Relevanz internationaler Standards für die digitale Entwicklung; Deutschland und Europa müssten diese Debatte vorantreiben, um international Anschluss zu halten. Weiterhin bestünde ein Nachwuchs- und Fachkräfteproblem. »Hier schlägt die Demographie-Entwicklung massiv zu« erklärte Michael Fuchs, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU/CSU Bundestagsfraktion. Es fehlten in den technischen Berufen bis zu 150.000 Menschen.

### Datenschutz mit Augenmaß vorantreiben

Über den Umgang mit Datenschutz waren sich die Beteiligten einig, dass dieser ein wichtiges Erfolgskriterium für zukünftige Geschäftsmodelle darstelle. Der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD, Garrelt Duin, mahnte dazu eine Weiterentwicklung mit Augenmaß an. Denn in vielen Branchen, beispielsweise auch bei E-Government, könnte ein falsch verstandener Datenschutz den industriellen Fortschritt auch erheblich beeinträchtigen. Um bei kleinen und mittleren Unternehmen das Bewusstsein für Cyber-Sicherheitsrisiken zu stärken, wirken BMWi und BDI auch künftig in der Task Force »IT-Sicherheit in der Wirtschaft« zusammen.

Dieter Schweer, Mitglied der BDI-Hauptgeschäftsführung, erklärte die Veranstaltung zum Auftakt eines Dialogs der Industrie zur Netz- und Industriepolitik, dem sich der BDI künftig noch stärker widmen wolle.

Weitere Informationen zum Thema und der Veranstaltung finden Sie hier.

Ansprechpartner:  
Dr. Michael Littger, Europajurist  
[m.littger@bdi.eu](mailto:m.littger@bdi.eu)

## China

### Fünfjahresplan soll Mittelstand fördern

Im Rahmen eines deutsch-chinesischen APA-Wirtschaftsforums, hat Jia Qinglin, Vorsitzender der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes, am 3. November in Berlin die Wichtigkeit des deutschen Mittelstandes für China hervorgehoben. In den kommenden fünf Jahren sollen die Bedingungen für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) auf dem chinesischen Markt verbessert werden.

### Günstigere Rahmenbedingungen schaffen

Die Rolle deutscher KMU hob Jia bei seiner Präsentation der Chancen des 12. Fünfjahresprogramms für die deutsche Industrie gesondert hervor, da sie »in kapital- und technologieintensiven Branchen besonders wettbewerbsfähig« seien. Es gelte, die Investitionsmöglichkeiten durch günstigere Rahmenbedingungen in den Bereichen Finanzierung, Informationsbereitstellung, sowie auf der Verwaltungsebene zu verbessern. Nicht zuletzt auch durch die verstärkte Schaffung öffentlicher Musterplattformen könne man die Zusammenarbeit zwischen deutschen und chinesischen KMU »auf eine neue Ebene heben«.

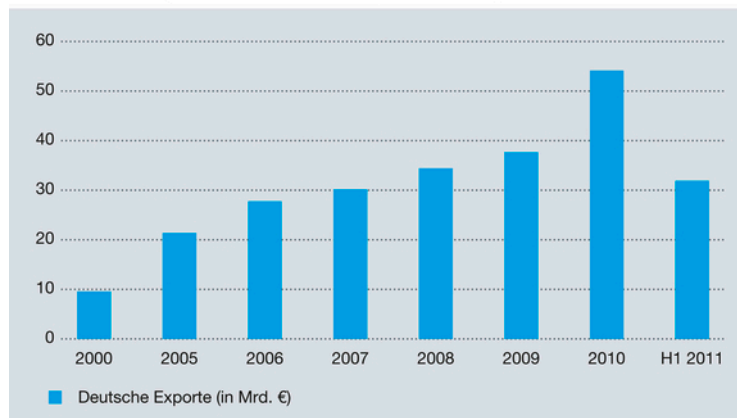
Auf dem Wirtschaftsforum unter dem Vorsitz von Jürgen Heraeus, China-Sprecher im APA, forderte Jia die deutsche Regierung aber auch auf, chinesische KMUs durch Erleichterungen bei der Visavergabe, Finanzierung und Rechtsberatung stärker zu unterstützen. Die Schaffung einer chinesischen Handelskammer mit dem Ziel, ihnen den Marktzugang in Deutschland zu erleichtern, bewertete Hans-Joachim Otto, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, als einen willkommenen Schritt.

### Abbau von Wettbewerbsverzerrungen bleibt wichtiges Thema

Heraeus begrüßte ausdrücklich die höhere Aufmerksamkeit für deutsche KMUs. Gleichzeitig betonte er aber, dass ein Markt insbesondere für mittelständische Firmen nur dann attraktiv sein könne, wenn er offen und frei von Verzerrungen sei. Mit Sorge stellten deutsche Unternehmen fest, dass Investitionen in zunehmendem Maße nur noch im Rahmen von Joint Ventures möglich seien und unfreiwilliger Technologietransfer eher zuzunehmen. »Es besteht die Gefahr, dass sich manche Unternehmen überlegen, ob sie unter diesen Umständen in China überhaupt noch investieren wollen«, so Heraeus.

Darüber hinaus problematisierte er die Wettbewerbsbedingungen auf Drittmärkten, die das zunehmende internationale Engagement chinesischer Firmen mit sich bringe. Oftmals führten unterschiedliche Standards bei der Exportförderung dazu, dass deutsche Firmen in öffentlichen Ausschreibungen mit zum Teil staatlich gestützten Angeboten ihrer chinesischen Wettbewerber nicht mithalten könnten.

### Deutsche Exporte nach China (in Mrd. €)



Quelle: Destatis



### Ziel größter Binnenmarkt der Welt

Als weiteren wichtigen Kernpunkt in den kommenden fünf Jahren betonte Jia das Vorhaben, mit China den größten Binnenmarkt der Welt zu schaffen. In Zukunft werde die Wirtschaftspolitik des Landes mehr Wert auf die Erweiterung der Binnennachfrage und die Etablierung »eines langfristigen Mechanismus zur Steigerung der Konsumnachfrage« legen. Man messe inzwischen Importen und Exporten denselben Wert bei. Der Handel soll von traditionell starken Bereichen, wie Maschinenbau und Chemie, auf neue Segmente erweitert werden. Vor allem das Vorhaben, neue Energieformen, grüne Technologien, Elektromobilität und Luft- und Raumfahrt verstärkt zu fördern, könnte der deutschen Wirtschaft dabei interessante Kooperationsmöglichkeiten bieten. Zudem soll die Zusammenarbeit im Dienstleistungssektor intensiviert werden.

Ansprechpartnerin:  
Alexandra Waldmann  
[a.waldmann@bdi.eu](mailto:a.waldmann@bdi.eu)

**Russland****Neue Rechtsentwicklung für Unternehmen**

Russland gehört für die deutsche Wirtschaft zu den wichtigsten Partnerländern bei Handel und Investitionen. Der Beratungsbedarf deutscher Unternehmen – insbesondere von kleinen und mittleren Unternehmen – ist entsprechend groß. Daher veranstaltet der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft bereits seit 2001 einmal jährlich eine Rechtskonferenz Russland. Die 11. Konferenz fand Anfang Dezember in Stuttgart statt.

Vorliegend werden exemplarisch zwei auf der Konferenz behandelte Themen vorgestellt, die hochaktuell und für die unternehmerische Praxis von großer Bedeutung sind.

**Neues Verrechnungspreisgesetz ab 1. Januar 2012**

Das Gesetz erweitert die Liste der so genannten kontrollierbaren Geschäfte. Grenzüberschreitende Außenhandelsgeschäfte zwischen verbundenen Personen unterliegen jederzeit einer Preiskontrolle ohne Schwellenwert. Transaktionen zwischen verbundenen Personen auf dem russischen Binnenmarkt gelten bei Überschreitung eines bestimmten jährlichen Gesamterlöses als kontrollierbar (2012: drei Milliarden Rubel, 2013: zwei Milliarden Rubel, 2014: eine Milliarden Rubel).

Der Gesetzgeber hat die Anzahl der Verrechnungspreismethoden gegenüber der alten Regelung auf fünf erweitert: Preisvergleichs-, Wiederverkaufspreis-, Aufwands-, Rentabilitäts- sowie Gewinnaufteilungsmethode.

Die betroffenen Steuerzahler werden verpflichtet, eine umfangreiche Dokumentation der kontrollierbaren Geschäfte vorzuhalten und diese der zuständigen Steuerbehörde nach Aufforderung vorzulegen. Es sind zu erfassen: betroffene Vertragsparteien (einschließlich deren Funktionen, eingesetzte Aktiva und übernommene Risiken), Bedingungen des Geschäfts (Befugnisse, Zahlungsfristen), angewandte Verrechnungspreismethoden sowie verwendete Informationsquellen.

Die Schwellenwerte für die Vorlagepflicht betragen für Transaktionen pro Jahr mit einer Person 100 Millionen Rubel (2012), 80 Millionen Rubel (2013). Ab 2014 wird die Beschränkung ganz aufgehoben und es greifen Sanktionen bei nicht fristgemäßer Anmeldung beziehungsweise falschen oder unvollständigen Angaben.

**Investitionen in Russland mittels Joint Ventures**

Joint Ventures (JV) sind für deutsche Unternehmen eine beliebte Vorgehensweise zur Erschließung des russischen Markts. Nach russischen Angaben gibt es derzeit 1350 deutsch-russische Gemeinschaftsunternehmen.

Grundsätzlich kommen zwei Gestaltungsmöglichkeiten in Betracht: gemeinsame Gründung einer Tochtergesellschaft mit Sitz in Russland (On Shore) oder gemeinsame Gründung einer



*Russland wichtiger Wirtschaftspartner Deutschlands.*

Tochtergesellschaft mit Sitz außerhalb Russlands, welche wiederum als einziger Gesellschafter eine russische Tochtergesellschaft gründet (Off Shore).

Die On Shore- Gestaltung weist schlanke gesellschaftsrechtliche Strukturen auf und ist dadurch schneller und kostengünstiger umsetzbar. Aber bei dieser Gestaltung ist zu beachten, dass zwingend russisches Recht anzuwenden ist und die russischen staatlichen Gerichte die ausschließliche Gerichtsbarkeit haben. Dies birgt das Risiko, dass international angewendete Rechtskonzepte von den zuständigen russischen Gerichten für ungültig erklärt werden. Zudem sind Schiedsgerichtsvereinbarungen nicht möglich.

Bei der Off Shore- Gestaltung besteht zwar ein höherer Aufwand bei Gründung und Unterhalt des Gemeinschaftsunternehmens, jedoch ermöglicht es die Strukturierung nach internationalen Standards. Denn im russischen Recht fehlen weiterhin jegliche gesetzliche Regelungen zur Ausgestaltung von Gesellschaftervereinbarungen. Insbesondere die in der Regel vereinbarten Exit-Klauseln (Put-/ Call-Optionen, Tag-/ Drag-Along Rechte) oder Regelungen bei einer Patt-Situation (Deadlock Regeln) sind weder gesetzlich geregelt noch besteht Rechtsprechungspraxis. Daher empfehlen alle internationalen Rechtsanwaltskanzleien weiterhin eine Off Shore - Gestaltung.

Ansprechpartner im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft:  
Matthias Toepfer,  
[m.toepfer@bdi.eu](mailto:m.toepfer@bdi.eu)

## Spezial

## Drei Fragen an Viola Metzner

## 1. Wo steht Ihr Unternehmen heute und wo wollen Sie es in zwei Jahren sehen?

Seit der Gründung gibt es in 18 Jahren Unternehmensgeschichte ein permanentes Wachstum, regelmäßigen Wandel und stetige Weiterentwicklung. »Die einzige Konstante ist die Veränderung« – diese Philosophie bewährte sich auch im Jahr 2009, das als Krisenjahr in die Wirtschaftsgeschichte einging. Auch Formel D bekam die Auswirkungen dieser Krise zu spüren, meisterte jedoch diese Herausforderung und ist seither wieder auf Wachstumskurs. Neben der Veränderung gehört auch die Internationalisierung zur Unternehmensphilosophie. Man kann nur erfolgreich sein, wenn man in die gleiche Richtung geht. Und so folgt Formel D heute und auch zukünftig den Kunden gemäß der Devise: »Wir sind da, wo unser Kunde uns braucht« weltweit an deren Standorte und Produktionsstätten.

## 2. Angenommen, Sie treffen die Bundeskanzlerin. Mit welchen Argumenten tragen Sie Ihre wichtigsten wirtschaftspolitischen Anliegen vor?

Die gesamte Automobilbranche ist von dem Mangel an Fachkräften betroffen. Das sich abzeichnende Defizit an Fachpersonal ist für die Branche eine Aufgabe, die es in naher Zukunft zu lösen gilt. Die Unternehmerschaft hat bereits vielfältige Maßnahmen ergriffen, schon früh das Interesse für den Ingenieurberuf zu wecken, das direkte Gespräch mit Jugendlichen zu suchen sowie Nachwuchskräfte zu fördern. Zu den von Fachverbänden und Unternehmen initiierten Lösungsansätzen ist auch eine zusätzliche Unterstützung durch die Politik wünschenswert.

## 3. Warum sind Sie gerne Unternehmerin?

Antrieb hierfür ist, eigene Vorstellungen bezüglich des Umgangs mit Kunden und Mitarbeitern umsetzen zu können. Eine besondere Freude bereitet die Zusammenarbeit mit Menschen unterschiedlichster Charaktere und Kulturen. Im Rahmen der unternehmerischen Tätigkeit

besteht auch eine enge Zusammenarbeit mit jungen Menschen. Diese nach dem Studium bei ihren ersten Schritten im Berufsleben begleiten zu können, ist ein besonderes Anliegen und bietet gegenseitige Inspiration. Dies charakterisiert nicht ausschließlich eine Geschäftsführertätigkeit, jedoch hat man durch diese eine Möglichkeit, Nachwuchskräfte im Sinne der eigenen Unternehmenskultur zu entwickeln. Und der Erfolg motiviert zum Weitermachen.



Viola Metzner, Mitglied des BDI/BDA-Mittelstandsausschusses.

## Die Unternehmerin

Nach dem Studium der Volkswirtschaft an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität in Bonn übernahm Viola Metzner 1980 die kaufmännische Leitung in einer Ingenieurgesellschaft mit Verantwortung für das Gebiet NRW sowie die Bereiche Marketing und Vertrieb. Ende 1992 entstand der Wunsch, ein Unternehmen eigenständig zu leiten, insbesondere unter dem Aspekt, eigene Vorstellungen von Serviceleistungen für Kunden und der Führung von Mitarbeitern umzusetzen. Am 10. Februar 1993 gründete sie gemeinsam mit ihrem Geschäftspartner, Hans-Josef Orth, das Unternehmen Formel D und ist als geschäftsführende Gesellschafterin seither

erfolgreiche Unternehmerin des weltweit tätigen Premium-Dienstleisters in der Automobil- und Zulieferindustrie.



## Das Unternehmen

Die Formel D Unternehmensgruppe ist ein international tätiger Premium-Dienstleister der Automobil- und Zulieferindustrie. Weltweit bieten etwa 2.000 Mitarbeiter an 55 Standorten den Kunden täglich bedarfsorientierte und innovative Lösungen rund um den Produktentstehungsprozess. Das Unternehmen gliedert seine Aktivitäten in fünf Bereiche: FLOWing, steht für die Erstellung von Pre- und After-Sales-Prozessen, KNOWing, umfasst die Schulung von Mitarbeitern und Geschäftspartnern der Kunden, während CARing, den gesamten Bereich Fahrzeugbau, Fahrzeugnachbearbeitung und –umrüstung beinhaltet. Audiovisuelle Kommunikation wird im Bereich CREATing, geleistet. Mit QUALIFYing, wird die Qualität von Produktionsprozessen abgedeckt sowie nachhaltig gesichert.